

Antrag

**der Abgeordneten Christiane Schneider, Cansu Özdemir, Mehmet Yildiz,
Kersten Artus, Tim Golke, Norbert Hackbusch, Dora Heyenn,
Heike Sudmann (DIE LINKE)**

Haushaltsplan-Entwurf 2015/2016

Einzelplan 8.1

**Betr.: Für ein soziales Hamburg
Einsparungen im Haushalt der Innenbehörde**

I. Aufgabenbereich 273 Produktgruppe 27301 Verfassungsschutz

Demokratie setzt Offenheit, Beteiligung und Transparenz voraus. Die Ausdehnung des Geheimdienstapparates insbesondere seit dem 11. September 2001 mit immer weiteren Kompetenzen und Aufgabenzuweisungen sowie Sach- und Personalmitteln steht mit diesen demokratischen Prinzipien im Konflikt. Das gilt insbesondere für die Informationserhebung mit nachrichtendienstlichen Mitteln. Lauschangriffe, Observationen, Telekommunikations-Überwachung et cetera greifen tief in die Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger ein. Das wiegt umso schwerer, als die betroffenen Personen nicht einmal nachträglich davon erfahren und die Überwachungsmaßnahmen weit im Vorfeld von konkreten Straftaten im Bereich von potenziellen Gefährdungslagen und jenseits richterlicher (Vorab-)Kontrolle erfolgen. Die Problematik des V-Leute-Systems ist allerspätestens mit dem NSU-Mord-Desaster evident: Zum einen sind V-Leute bezahlte Täter, zum anderen verlängert gerade das V-Leute-System das „Versagen“ der Inlandsgeheimdienste durch Behinderung der Aufklärung.

Gerade als Konsequenz aus dem NSU-Mord-Desaster setzt sich DIE LINKE für die Auflösung des Verfassungsschutzes als Geheimdienst ein. In einem ersten Schritt soll deshalb die weitere finanzielle Aufrüstung des Landesamts für Verfassungsschutz gestoppt und ein Rückbau eingeleitet werden.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

1. Das Jahresergebnis der Produktgruppe 27301 Verfassungsschutz wird für 2015 auf dem Stand von 2014 (Plan) eingefroren und 2016 auf den Stand von 2013 zurückgeführt.
2. Die Einsparungen gegenüber dem Ansatz des Senats werden durch einen sofortigen Einstellungsstopp für das Landesamt für Verfassungsschutz und durch Beendigung aller Maßnahmen zur Erhebung von Informationen mit nachrichtendienstlichen Mitteln, insbesondere durch schnellstmögliche Abschaltung aller V-Leute sowie durch Stopp aller entsprechenden Investitionsvorhaben, realisiert. Im Weiteren werden die Ausgaben für politische Bildung gestrichen.
3. Die frei werdenden Gelder in Höhe von 566.000 Euro 2015 und 1.012.000 Euro 2016 werden im Sinne der Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge dem Aufgabenbereich 277 Feuerwehr zugewiesen.

II. Aufgabenbereich 275 Polizei Produktgruppe 27511

Die Kritik an der Wiedereinführung der Reiterstaffel im Jahr 2010 hat sich nicht erledigt, sondern durch die Vorfälle am 23.8.2014 in Malmö, als eine Reiterstaffel in hohem Tempo in eine Menschenmenge ritt und mehrere Personen teilweise schwer verletzte, neue Nahrung erhalten.

Die Bürgerschaft möge daher beschließen:

1. Die Reiterstaffel wird nicht ausgebaut, wie vom Senat geplant.
2. Die bestehende Reiterstaffel wird zum 31.12.2014 aufgelöst; sofern die Verträge betreffend Unterbringung und Versorgung nicht zum 31.12.14 auslaufen, werden sie zum frühestmöglichen Zeitpunkt gekündigt.
3. Die Pferde und Fahrzeuge werden verkauft.
4. Die für die Reiterstaffel nicht mehr benötigten VZÄ verbleiben in der Produktgruppe 27511.
5. Die Mittel, die durch eingesparte Sachkosten, Stallmiete et cetera und den Verkauf von Pferden und Fahrzeugen erwirtschaftet werden, werden dem Aufgabenbereich 272 Steuerung und Verwaltung zugewiesen und für eine wissenschaftliche Evaluation des Einsatzes von V-Leuten und verdeckten Ermittlern/-innen der Polizei verwendet.